

ÖSTERREICHISCHER
LANDARBEITERKAMMERTAG
1015 WIEN, MARCO D'AVIANOGASSE 1
Postfach 258, Telefon 512 23 31

16/SN-117/ME

Wien, am 9.6.1988

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Land- und forstwirtschaftliche Bundesschul-
gesetz geändert wird
Zl. 12.772/2-III/2/88

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	52 - GE ⁿ 9 88
Datum:	13. JUNI 1988
Verteilt	22. Juni 1988

H. Bauer

In der Beilage übermittelt der Österreichische Landarbeiterkammer-
tag 25 Fotokopien seiner Stellungnahme betreffend den oben be-
zeichneten Gesetzentwurf zur freundlichen Information.

Der Leitende Sekretär:

25 Beilagen

(Dr. Gerald Mezniczky)

Kopie

ÖSTERREICHISCHER
LANDARBEITERKAMMERTAG
1015 WIEN, MARCO D'AVIANOGASSE 1
Postfach 258, Telefon 512 23 31

Wien, am 9.6.1988

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Land- und forstwirtschaftliche Bundesschul-
gesetz geändert wird

Zl. 12.772/2-III/2/88

An das
Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1010 Wien

Zu dem im Betreff angeführten Gesetzentwurf ist uns seitens der
Steiermärkischen Landarbeiterkammer folgende Stellungnahme zuge-
gangen:

Die Anpassung des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulge-
setzes im Sinne der für das übrige österreichische Schulwesen
bereits geltenden Strukturen stellt grundsätzlich eine längst
fällige und daher sehr zu befürwortende Initiative dar.

Zu Art. I, Z. 15 (§ 22 Abs. 1 Z. 2):

Die Ausdehnung der Lehrgänge für Absolventen der Universität für
Bodenkultur von bisher 4 Wochen auf ein Semester könnte in sozial-
politischer Hinsicht Probleme bringen. Da anzunehmen ist, daß
eine solche Zusatzausbildung aufgrund ihrer Dauer nicht mehr im
Rahmen eines bereits bestehenden Dienstverhältnisses absolviert
werden kann, unterliegt der betroffene Personenkreis in dieser
Zeit keiner sozialversicherungsrechtlichen Deckung, bezieht kein
Einkommen und hat auch keinen Anspruch auf staatliche Unter-
stützungen wie während der Studienzeit. Es erscheint daher erfor-
derlich, diesbezüglich eine sozialrechtliche Absicherung anzustreben.

Zu Art. I, Z. 15 (§ 28 Abs. 1):

In der Neufassung des derzeitigen § 29 (§ 28 des Entwurfes) wird
auf die Übernahme der lit.c) verzichtet. Dies erscheint aus
steirischer Sicht nicht gerechtfertigt, da Meister aus unserem
Bundesland von der Möglichkeit der Ausbildung zur Ablegung der
Lehramtsprüfung immer wieder Gebrauch gemacht haben. Auch wenn
solche Kurse nur selten zustandekommen, sollte ihre gesetzliche
Verankerung erhalten bleiben.

Der Präsident:
Engelbert Schaufler e.h.

Der Leitende Sekretär:

(Dr. Gerald Mezriczky)